

Gemeinsam gegen China?
Auf dem ASEAN-Gipfel in Hanoi suchen die Mitgliedstaaten nach einer Position im Konflikt um das Südchinesische Meer.
Seite 2

Stadt der Großvermieter
Fast die Hälfte aller Berliner Mietwohnungen gehört einigen reichen Menschen und Firmen, wie eine neue Studie belegt.
Seite 11

Keineswegs die zweite Violine
Friedrich Engels war bescheiden, aber nicht die »zweite Violine« neben Karl Marx – wurde auf einer Konferenz festgestellt.
Seite 9

Nr. 263

Mittwoch, 11. November 2020

75. Jahrgang

Preis: 2,10 €

STANDPUNKT

Covid-19 als rein logistische Frage

Ulrike Henning über grenzenlosen Optimismus der Impfororganisierer

Endlich! Der Impfstoff gegen Covid-19 scheint nah. Die Erleichterung vor allem bei der Politik ist so groß, dass alle sachlichen Einwände von Virologen, anderen Medizinerinnen und Spezialisten des Zulassungsgeschehens erst einmal in die zweite Reihe geschoben werden. Sogar der Arzneimittelgroßhandel zeigt sich skeptisch, die kommende Herausforderung aus dem Stand meistern zu können? Da galten bisher für Impfstoffe nur einstellige Minusgrade für die Lagerung. Tiefgekühlte Produkte – das ist eher die Domäne von Fischlieferanten und Zulieferern in der Tierzucht, wenn es um Tierespermia geht, das im Transport teils mit Flüssigstickstoff gefrostet gehalten wird. Aber uninteressant, jetzt schlägt erst einmal die Stunde der allgemeinen Logistik.

Wie viel Impfzentren wohin kommen, wer was transportiert und wer sich zuerst anstellen darf, das sind die aktuellen Fragen. Darüber herrscht die reine Freude von der Kommunalpolitik bis hinauf auf die Bundesebene. Gebäude errichten oder in Beschlag nehmen, da kennt man sich aus. Technische Probleme lösen, Kühlketten einhalten, quasi industrielle Operationen durchführen – da lacht doch jedes Herz in der Exekutive. Militärische Metaphern passen super, merkt man in den Pressestellen. Auch die Ausführenden stehen bereit, beginnend bei der Bundeswehr, über die geschäftlich arg gebeutelte Luftfahrt bis hin zur Deutschen Post und ihren Rivalen FedEx und UPS.

Na gut, wer in den Impfzentren dann den Piekser verabreichen wird, ist weniger klar. Aber bis zur tatsächlichen Zulassung ist ja auch noch etwas Zeit. Und vielleicht fragt ja so lange erst mal niemand mehr nach den Pflegekräften, die in Kliniken und gerade in der Intensivmedizin fehlen. Und nach der Massenimpfung wird das ja auch kein Thema mehr sein.

UNTEN LINKS

Was würden Sie vermuten, wenn Sie beobachten würden, dass ein nicht mehr ganz junger, untersetzter, fast glatzköpfiger Mann, der aussieht wie Olaf Scholz, einen Sack voller Geld aus dem Finanzministerium in seinen Dienstwagen schleppt und davonfährt? Keine falschen Vorverurteilungen bitte – der Finanzminister begibt sich zweifelsohne ins Homeoffice und nimmt Arbeit mit nach Hause. Ganz ähnlich tut es jedenfalls Heiko Maas. Der schlaue Diplomatenfuchs weiß, dass zerknaushtes Gesicht vor Blümchentapete im Videochat eher wie ein Erpresserfilmchen wirkt, und deshalb nimmt er, wenn er in Quarantäne geht, immer ein paar bunte Fahnen mit. Denn zerknaushtes Gesicht vor Staatsflagge – das ist großes Kino, wie schon Joschka Fischer demonstriert hat. Wenn Sie also demnächst Zeuge werden sollten, wie Ernährungsministerin Klöckner eine Kiste Bier trägt, Innenminister Seehofer ein paar Packungen Pfefferspray kauft oder Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer mit Waffe nach Hause spaziert – es ist nichts anderes als die reine, aufopfernde Pflichterfüllung. wh

Eine Dosis Zuversicht

Corona-Impfstoff der Firmen Biontech und Pfizer soll schnell zugelassen werden



Viele Menschen warten weltweit sehnsüchtig auf einen Impfstoff gegen das Coronavirus.

Berlin. Nachdem bekannt wurde, dass es einen vielversprechenden Impfstoff der Firmen Biontech und Pfizer gegen das Coronavirus gibt, brach unter vielen westlichen Politikern Euphorie aus. Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu sagte in einem Telefongespräch mit seinem österreichischen Amtskollegen Sebastian Kurz: »Gestern war ein außergewöhnlicher Tag. Wenn ich den globalen Kampf gegen Corona mit dem weltweiten Kampf im Zweiten Weltkrieg vergleiche, dann war gestern die Landung an den Stränden der Normandie.«

Die EU-Kommission hat die Gespräche über die Lieferung eines Corona-Impfstoffs

mit den Pharmafirmen abgeschlossen. Das bestätigte EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides am Dienstag. Ziel sei es, »dass dieser Vertrag in den kommenden Tagen unterzeichnet wird«. In einem Vorvertrag mit den Unternehmen hat sich die EU-Kommission 200 Millionen Dosen gesichert. Für weitere 100 Millionen gibt es eine Option. Pro Impfung sind zwei Dosen nötig.

Das Mainzer Pharmaunternehmen Biontech und sein US-Partner Pfizer hatten am Montag erklärt, ihr Impfstoff sei zu über 90 Prozent wirksam. Sie wollen nun in der kommenden Woche in den USA eine beschleunigte Genehmigung für die Zulassung bean-

tragen. Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) betonte, in Europa gebe es Möglichkeiten zur Beschleunigung der Zulassung. Vorgaben zu potenziellen Nebenwirkungen von Impfstoffen würden nicht abgesenkt.

Allerdings sind viele Fragen offen. Noch ist der Impfstoff nicht behördlich zugelassen. Bislang fehlen Daten zum Schutzeffekt der Impfung für bestimmte Gruppen. Es sei unklar, ob der Impfstoff bei Risikogruppen wie älteren Menschen effizient wirkt, sagte der Leiter der Forschungsgruppe Infektionsimmunologie und Impfstoffforschung an der Berliner Charité, Leif-Erik Sander. Agenturen/nd **Seiten 3, 10 und 12**

Rütteln am EU-Rechtsgefüge

Frankreich, Deutschland und Österreich planen bei Terrorbekämpfung Eingriffe in Grundrechte

Die jüngsten Terroranschläge in europäischen Großstädten sind Anlass für die betroffenen Länder, über Prävention nachzudenken. Mit nicht unstrittigen Mitteln.

UWE KALBE

Wiederholt hatte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron in jüngster Zeit das Thema angesprochen. Die EU müsse nach den Terroranschlägen von Wien, Nizza und Conflans reagieren, er sprach von einer Reform des europäischen Asylrechts und dem Schutz der EU-Außengrenzen. Macron sagte am Schengen-Abkommen der EU, titelte der Wiener »Standard« zur Begleitung des österreichischen Kanzlers Sebastian Kurz, als der am Dienstag nach Paris reiste, um mit Macron über den Kampf gegen den Terrorismus zu beraten. Am Nachmittag stieß auch Bundeskanzlerin Angela Merkel per Videoschaltelinie hinzu, zuletzt hatte es auch in Dresden eine Messerattacke gegeben. Gemeinsam mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und EU-Ratschef Charles Michel sprachen die Regierungschefs über nun notwendige Maßnahmen. Anschließend bestätigte Macron: Eine grundlegende Reform des Schengenraums für den freien Reiseverkehr sei nö-

tig, um den Kampf gegen den Terrorismus zu führen. Das Asylrecht solle nicht abgeschafft, aber »richtig angewandt« werden.

Dass neben wirksameren Grenzkontrollen auch eine intensivere Kooperation der Sicherheitsbehörden bei der Terrorbekämpfung eine Rolle spielen sollte, hatte Kanzler Kurz im Vorfeld ebenfalls mitgeteilt. Hier wurde zuletzt über die Kontrolle der Internetkommunikation debattiert, um die Verschlüsselungen für Messenger-Dienste wie WhatsApp und Signal einzuschränken. Das rief sogleich Kritiker der Zivilgesellschaft, aber auch der parlamentarischen Opposition auf den Plan. Denn Geheimdienste sollen offenbar Zugang selbst zu verschlüsselten Kommunikationsformen erhalten. Ein Entwurf soll im Rat der EU-Länder bereits so weit gediehen sein, dass er im Dezember von den Innen- und Justizministern verabschiedet werden könnte – Auftakt zu einem entsprechenden Gesetzgebungsverfahren in der EU. Dass die mutmaßlich geplanten Vorhaben tatsächlich eine Reaktion auf die jüngsten Terroranschläge sind, bezweifelt dabei etwa der Chaos Computer Club und vermutet eine lang geplante Strategie für mehr staatliche Durchgriffsrechte in der digitalen Kommunikation.

Ursula von der Leyen kündigte nach der Videounterredung an, dass die EU-Kommission am 9. Dezember eine Agenda zur Terrorismusbekämpfung präsentieren werde. Ausdrücklich nannte sie hier neben besserer Prävention gegen Radikalisierungen eine Reform des Schengen-Raums – Macron lässt grüßen. **Seiten 5 und 10**

Wut und Empörung in Armenien

Aserbaidschan bejubelt Abkommen zu Bergkarabach als »Kapitulation«

Jerewan. Die Einigung auf ein Waffenstillstandsabkommen für Bergkarabach ist für die armenische Seite mit großen Gebietsverlusten verbunden. Regierungschef Nikol Paschinjan sprach in der Nacht zu Dienstag von einer »unsäglich schmerzhaften« Entscheidung. Er habe aber nach einer »eingehenden Analyse der militärischen Lage« eingewilligt. Wütende Armenier stürmten Parlament und Regierungssitz. Tausende gingen in Jerewan auf die Straße und forderten Paschinjans Rücktritt. Aserbaidschans Staatschef Ilham Alijew bejubelte das Abkommen hingegen als »Kapitulation« des Gegners. Russische Soldaten rücken in der Region ein, um den Waffenstillstand zu überwachen.

Die Armenier müssen schon in den nächsten Wochen mehrere Bezirke in der Kaukasusregion Bergkarabach an Aserbaidschan abtreten. Vor Unterzeichnung des Abkommens hatten pro-armenische Kämpfer in Bergkarabach zunehmend Rückschläge erlitten. Zuletzt war es Aserbaidschan gelungen, unter anderem die strategisch wichtige Stadt Schuscha zurückzuerobern. AFP/nd **Seiten 5 und 10**

Polizeieinsatz gegen Waldbesetzer

Protest gegen Autobahnausbau: Aktivisten blockieren Baumaschine

Dannenrod. Bei einem Polizeieinsatz im hessischen Dannenröder Forst ist ein Umweltaktivist leicht verletzt worden. Mehrere gegen den Weiterbau der Autobahn 49 Protestierende hätten versucht, eine Baumaschine zu besetzen, sagte ein Polizeisprecher am Dienstag. Dabei wurde ein Mensch leicht am Kopf verletzt. Die geplanten Rodungsarbeiten hätten am Dienstag noch nicht begonnen, sagte der Sprecher weiter. Die Polizei habe im Wald vor allem nach Gefahrenquellen gesucht.

Für den Weiterbau der A49 zwischen Kassel und Gießen sollen insgesamt 85 Hektar Wald gerodet werden. Fällungen im Herrenwald und im Maulbacher Wald sind bereits erfolgt, im Dannenröder Wald, dem Zentrum des Protests, aber noch nicht. Gegen den Autobahnbau protestieren verschiedene Umweltgruppen. Das globalisierungskritische Netzwerk Attac forderte die schwarz-grüne Landesregierung in Hessen am Dienstag auf, den Polizeieinsatz umgehend zu beenden und ein Moratorium für die Räumung und Rodung des Forstes zu erlassen. epd/nd **Seite 4**

Festnahmen ohne begründeten Verdacht

Europäisches Gericht urteilt über »Strafen« für türkische Journalisten

Straßburg. Mehrere Journalisten und Mitarbeiter der regierungskritischen türkischen Zeitung »Cumhuriyet« sind nach Auffassung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte lediglich auf Grundlage von Spekulationen festgenommen worden. Die Fakten hätten keinen begründeten Verdacht zugelassen, hieß es in dem am Dienstag veröffentlichten Urteil. Die Festnahme und fortlaufende Inhaftierung vor dem Prozess habe das Recht auf Freiheit von Ex-Chefredakteur Murat Sabuncu und weiteren verletzt.

Im Prozess waren im April 2018 in der Türkei 13 Ex-Mitarbeiter der »Cumhuriyet« zu Strafen von 2,5 bis zehn Jahren Haft wegen Terrorvorwürfen verurteilt worden. Als Beweise dienten vor allem Artikel aus der Zeitung. Im September 2019 hatte das hohe Berufungsgericht Strafen gegen die Ex-»Cumhuriyet«-Mitarbeiter aufgehoben und die Freilassung der meisten Betroffenen angeordnet. Ein untergeordnetes Gericht widersetzte sich später dem Urteil des Berufungsgerichts und hielt an den Haftstrafen von zwölf ehemaligen »Cumhuriyet«-Mitarbeitern fest. dpa/nd

nd
RATGEBER

Lesen Sie heute:

- Krankenversicherung Was sich 2021 ändert
- Mietdeckel Prüfen, ob zu viel gezahlt
- Steuern Die umstrittene Klasse V

